

Der BTW im BDI



© Foto: Gregor Schlaeger, Lufthansa Bildarchiv FRA CI/I

Der BTW im BDI

Gemeinsame Kritik in Sachen Luftverkehrs-Emissionshandel

Ein zentrales Thema der fachlichen Arbeit des BTW in den Gremien des BDI war wie schon im Vorjahr auch 2012 die geplante Einführung des Emissionszertifikatehandels (EU ETS) für den Luftverkehr. In einer gemeinsamen Erklärung im Februar 2012 äußerten BTW und BDI zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL), dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) sowie dem Deutschen Verkehrsforum ihre Besorgnis bezüglich der Beschlüsse der Emissionshandelsgegner in Moskau: „Die angekündigten Gegenmaßnahmen sind ein deutlicher Warnschuss, dass wir dringend eine globale Lösung benötigen“, erklärten die Verbände. „Die Ereignisse in Moskau zeigen wieder einmal, dass Alleingänge keinen Fortschritt für die Umwelt bringen. Stattdessen geht die aktuelle Entwicklung nur zu Lasten der europäischen Luftfahrtunternehmen. Dies ist weder im Interesse der Politik noch der Wirtschaft“.



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

Im November schließlich kündigte die Europäische Kommission an, den Luftverkehrs-Emissionshandel bis zum Herbst 2013 für transkontinentale Flüge aussetzen zu wollen, ihn aber innereuropäisch beizubehalten. Zwar begrüßten sowohl BTW wie BDI, dass eine Lösung in Zusammenarbeit mit der internationalen Luftverkehrsorganisation ICAO angestrebt wird. Die nur teilweise Aussetzung kritisierten allerdings beide Verbände. „Das Festhalten am Emissionshandel bei innereuropäischen Flügen schafft neue Wettbewerbsverzerrungen für den europäischen Tourismus“, zeigte sich BTW-Präsident Klaus Laepple entsetzt von den Plänen der Europäischen Kommission. Durch diese halbgeplante Maßnahme schaffe man eine Zweiklassengesellschaft, in der die europäischen Luftverkehrsunternehmen aber auch zahlreiche klassische europäische Urlaubsziele wie Spanien, Griechenland, Italien oder Portugal das Nachsehen haben. Auch der BDI bemängelte, dass für Flüge innerhalb Europas weiter gezahlt werden soll. „Das belastet nur die europäischen Unternehmen.“ (Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie auch in Kapitel 4 „Themen des BTW“.)



© Robert Kneschke – Fotolia.com

Memorandum Verkehrsinfrastruktur „Damit Deutschland wirtschaftlich stark bleibt“

„Damit Deutschland wirtschaftlich stark bleibt. In die Verkehrsinfrastruktur investieren, die Grundlage des Wachstums sichern“: Unter dieser Überschrift haben der BDI und zahlreiche seiner Mitgliedsverbände eine gemeinsame Erklärung vorgelegt.

Darin fordert der BTW zusammen mit dem BDI unter anderem:

1. Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturinvestitionen. Das erforderliche Niveau für die Bundesverkehrswege (Straße, Schiene, Wasserstraße) liegt bei 14 Milliarden Euro pro Jahr. Das muss der Maßstab sein.

2. Richtige Prioritäten und eine höhere Effizienz des Mitteleinsatzes. Projekte mit volkswirtschaftlicher Bedeutung, vor allem Hauptkorridore, brauchen Vorrang vor Ländersproporz.

3. Einen stärkeren gesellschaftlichen Konsens für die Infrastruktur. Mit Recht erwarten die Bürgerinnen und Bürger eine frühere Partizipation bei Verkehrsvorhaben.



BTW im BDI-Konjunktur-Report

In den Konjunktur-Reporten des BDI war der BTW natürlich auch 2012 wieder mit Beiträgen zu den wichtigsten Entwicklungen der Tourismuswirtschaft vertreten.

BDI KONJUNKTUR-REPORT
Ausgabe 03 | 30.07.2012

Deutsche Wirtschaft trotzt der Krise

Stahlindustrie

Stahl- und Metallverarbeitung

Tourismusewirtschaft

BTW

Der BTW im BDI

Weitere fachliche Begleitung und Stellungnahmen

Neben der Einbindung des BTW und seiner Mitglieder in die Gremienarbeit des BDI hatte der BTW auch wieder bei zahlreichen weiteren Themen und Initiativen des BDI die Möglichkeit, die Positionen und Argumente der Tourismuswirtschaft einfließen zu lassen. Dazu gehörten 2012 unter anderem

- Stellungnahme zur Evaluation Luftverkehrsteuer: Die Luftverkehrsteuer benachteiligt deutsche Unternehmen gegenüber ausländischen Konkurrenten. Rund 60 Prozent der Gesamtlast der Steuer tragen deutsche Fluggesellschaften. Der Staat greift so direkt in den Wettbewerb ein. Die deutschen Flughäfen leiden unter Abwanderung von Passagieren ins Ausland. Wertschöpfung wird gemindert, die Umwelt durch längere Anfahrten belastet. Die Steuer setzt keine ökologische Anreizwirkung für mehr Effizienz. Im nationalen Alleingang kann diese Steuer weder ökonomisch noch ökologisch funktionieren. Stattdessen wirkt sie direkt wettbewerbsverzerrend. Der BDI fordert die Bundesregierung deshalb auf, die Luftverkehrsteuer abzuschaffen.
- Stellungnahme „Dialogpapier zur Flughafeninfrastruktur in Deutschland“: Die Projektgruppe Infrastrukturkonsens der SPD-Bundestagsfraktion hat das Dialogpapier „Die Flughafeninfrastruktur in Deutschland im Konsens mit den



BTW-Generalsekretär Michael Rabe gratuliert dem neuen BDI-Präsidenten Ulrich Grillo zur Wahl.

Bürgerinnen und Bürgern fortentwickeln“ vorgelegt. Der BDI begrüßt, dass die SPD-Bundestagsfraktion die Flughafeninfrastruktur in Deutschland auf Basis des 2009 verabschiedeten Flughafenkonzeptes fortentwickeln möchte und hierfür den Dialog mit allen Beteiligten sucht.

- Stellungnahme zum Thema Akzeptanz und Planungsbeschleunigung von Verkehrsinfrastrukturprojekten zur öffentlichen Anhörung des Antrags der SPD-Fraktion „Für einen neuen Infrastrukturkonsens: Gemeinsam Zukunft planen – Infrastruktur bürgerfreundlich voranbringen“ im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags am 13. Juni 2012
- Positionspapier Luftfrachtsicherheit für Deutschland – Handlungsempfehlungen der deutschen Industrie